

Suche nach Macht

Die DDR-Opposition ist zersplittert. Nur ein Wahlbündnis könnte ihr helfen.

Die Opposition werde, da war sich Konrad Weiß von „Demokratie jetzt“ noch am 4. Januar sicher, nach den Volkskammerwahlen „regierungsfähig“ sein. Ein Programm lasse sich schnell ausarbeiten. „Ich sehe keine großen Schwierigkeiten.“

Noch einmal hatten die sechs stärksten Oppositionsgruppierungen der DDR, darunter das „Neue Forum“, der „Demokratische Aufbruch“ und die Sozialdemokraten, ihre Absprache erneuert, die SED-PDS durch ein Wahlbündnis aus der Regierung zu jagen.

Keine zwei Wochen später war der Oppositionsbund geplatzt: Erst scherte die „Vereinigte Linke“, Sammelbecken für Marxisten, abgesprengte SED-Genossen und Gewerkschafter, aus, dann die Sozialdemokratie-Ost.

„Eine gemeinsame Liste kommt für uns nicht in Frage“, bestimmte die Delegiertenkonferenz der gerade erst zur SPD umgetauften Genossen am vorletzten Wochenende in Ost-Berlin. Und wenn überhaupt ein Wahlbündnis, so Vorstandsmitglied Steffen Reiche, dann „ein sozialdemokratisches“. Man könne, sagt Markus Meckel, Zweiter Sprecher der SPD, im SPIEGEL-Interview (Seite 84), zwar „nur mit den anderen gewinnen“, aber nach dem 6. Mai wolle die SPD „die stärkste Partei sein“.

Vor Selbstbewußtsein strotzend, erklärten sich die Ost-Sozis zur neuen führenden Kraft der DDR – und lassen den Rest der zersplitterten Opposition irritiert und verärgert zurück.

„Wir sind wahrscheinlich die am besten organisierte Oppositionsgruppierung im Lande“, sagt SPD-Vorstandsmitglied Stephan Hilsberg. Auf den Fluren der Ost-Berliner Parteizentrale stapeln sich Kartons mit Fotokopierern aus dem Westen. Die Schwesterpartei in Bonn hat massive Wahlkampfunterstützung zugesagt. So wird Willy Brandt an für Sozis weihevoller Stätte, im thüringischen Gotha, wo vor 115 Jahren die SPD ihren Vereinigungskongreß abhielt, den Wahlkampf unterstützen. Und Rudi Arndt, der frühere hessische Minister, Ex-Oberbürgermeister von Frankfurt und Europa-Abgeordnete a. D., wird von Erfurt aus den regionalen Wahlkampf organisieren.

Gemeinsam mit der West-SPD wollen die DDR-Genossen das riesige Parteivermögen zurückfordern, das sich die



DDR-Oppositioneller Weiß
„Die SPD wird großenwahnsinnig“

SED nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD angeeignet hatte.

Auch programmatisch ist die SPD weiter als die meisten anderen: Mit ihren Bekenntnissen zur deutschen Einheit wie zur sozialen Marktwirtschaft hat sie sich unverblümt Volkes Stimme angeschlossen und als Sammelpartei der Mitte bekannt. „Wir wollen die Macht nicht um jeden Preis“, sagt Markus Meckel, „aber wir suchen sie.“

„Die SPD wird großenwahnsinnig“, klagt dagegen Konrad Weiß: „Wenn sie auf ihrem Alleingang besteht, wäre das für die Wahl am 6. Mai verheerend.“ Die einzige Chance der Opposition, in die Regierungsverantwortung zu kommen, sei das Zusammengehen mit der SPD. Jede weitere Zersplitterung liege nur im Interesse der SED-PDS und der alten Blockparteien CDU oder LDPD.

Tatsächlich ist das Oppositionsspektrum in der DDR kaum zu überblicken, die Streuung gewaltig. Mehr als zwei Dutzend neue Gruppierungen und Parteien haben inzwischen angekündigt, zur Volkskammerwahl anzutreten. Dabei sind marxistische Grüppchen wie „Die Nelken“ und eine Neuaufgabe der KPD, Umweltschützer und Rüstungsgegner wie die „Bürger-Initiative Grüne Liste“ oder die „Demokratische Friedensbewegung“. Diese Gruppen entstammen zu meist den Kirchen-, Ökologie- und Friedensbewegungen, von denen die Oktober-Revolution ausging.

Jetzt läuft eine zweite Welle von Parteigründungen – mit starkem Rechtstrend. Programmatisch lassen sich auch diese Gruppierungen, von der „Partei für die Wiedervereinigung Deutschlands“ (PWD) über die „Demokratische Partei Deutschlands“ (DPD) bis zur „Sozial-Bürgerlichen Union“, kaum unterscheiden; ihr Programm heißt viel

Wiedervereinigung, ein bißchen Marktwirtschaft und sonst nichts.

Gerade das könnte die Chance der bürgerlichen Rechten in der DDR sein. Weil sie programmatisch wenig trennt, liegt die Vereinigung nahe. Kräftig angestoßen durch die Bonner CDU und die Münchner CSU, die dringend nach Partnern in der DDR suchen, sammeln sich zur Zeit rund ein Dutzend konservativer Gruppen um die Leipziger „Christlich Soziale Partei Deutschlands“ (CSPD) des Pfarrers Hans-Wilhelm Ebeling. Ziel der Vereinigungsgespräche, die am Wochenende begannen, ist eine DDR-weit operierende Partei, die am 6. Mai geschlossen antritt.

Bis zum Wahltag bleiben allerdings nur noch gut drei Monate. Der Druck auf die Oppo-

sition, ihre Revolution nicht durch Zersplitterung, lähmende Grundsatzdebatten und Vereinsmeierei zu verspielen, wächst täglich.

„Der Wahltermin kommt so schnell, daß er bei vielen Oppositionellen schon Beklemmung auslöst“, sagt Wolfgang Schnur, Vorsitzender des „Demokratischen Aufbruchs“. „Wir stehen unter permanentem Zeitdruck, deshalb brauchen wir schnell eine Einigung.“

Doch die ist nicht zu haben, bevor das neue Wahlgesetz vereinbart ist. In bisher ungewohnter Koalition wollen SPD, „Demokratischer Aufbruch“ und die „Grüne Partei“ zusammen mit den Blockparteien Bürgerbewegungen und politische Vereinigungen von den Wahlen ausschließen; damit soll verhindert werden, daß – wie in der jetzigen Volkskammer – die SED über Abgeordnete der Massenorganisationen wie FDGB oder FDJ Verstärkung erhält.

Das „Neue Forum“, das sich bewußt nicht als Partei verstehen will, ist allerdings – auch hier ein ungewöhnliches Bündnis – wie die SED gegen den Änderungswunsch und hat vermutlich Erfolg: „Ich kann mir nicht vorstellen“, so Wolfgang Ullmann von „Demokratie jetzt“, „daß der Runde Tisch gegen das Neue Forum abstimmt.“ Wenn doch, will die mit rund 200 000 Mitgliedern größte Reformgruppierung noch einmal über eine Parteigründung befinden.

Damit sind alle Optionen offen: Das Forum, wichtigste Gruppierung der Oktober-Revolution, könnte ein um die SPD verkleinertes linkes Wahlbündnis aufziehen, selbst Partei werden und andere zu sich heranziehen oder auf den Listen anderer Parteien mitkandidieren.

Vorsorglich hat eine Oppositionspartei dem Neuen Forum schon Listenplätze angeboten: die SPD.